

## Workshop zu Input 3: Internationale Gemeinschaften und Konsequenzen für die EU-Politik

Referent/innen:

Almut Möller, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Prof. Dr. Tobias Schumacher, Universität Lissabon, Institut für Politikwissenschaften

Moderation: Hanne Wurzel, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

---

In dem Workshop zu Input 3 hatten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, den Referent/innen Almut Möller und Prof. Dr. Tobias Schumacher vertiefende Fragen zu ihren Ausführungen zu stellen.

*Frage:* Die Menschen in Nordafrika haben sich beim arabischen Frühling für mehr Freiheit und Demokratie eingesetzt. Ich bin aber der Meinung, dass die prekäre wirtschaftliche Situation in den Ländern Nordafrikas das zentrale Problem ist. Wie sehen Sie das?

Schumacher: Die ökonomische Entwicklung der arabischen Transformationsländer ist in der Tat ein zentraler Aspekt. Wenn es nicht gelingt nachhaltige Perspektiven – insbesondere in Bezug auf die Arbeitsplatzbeschaffung und eine faire Einkommensverteilung - zu schaffen, ist die Revolution in diesen Ländern zum Scheitern verurteilt.

Möller: Leider muss man sich darauf einstellen, dass viele Länder ihre wirtschaftlichen Probleme nicht so schnell in den Griff bekommen. Es braucht Zeit, sich wirtschaftlich neu aufzustellen. Vor diesem Hintergrund muss man sich leider auf eine weitere Phase politischer Instabilität einstellen.

*Frage:* Welche Kriterien müssten Ihrer Meinung nach definiert werden, um die neue europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) messbar zu machen?

Schumacher: Die Kriterien sollten sich meiner Meinung nach zuallererst am Individuum orientieren und darauf abzielen, die Lebensbedingungen der Menschen wirksam und nachhaltig zu verbessern. In Marokko kommen bspw. statistisch gesehen auf 1.000 Menschen 0,46 Ärzte (in Deutschland 3,73 Ärzte), in Tunesien beträgt die Ratio ca.0,8. Eine neue ENP sollte also ganz konkret den sozialen Sektor stärken und daran mitwirken, dass zunächst eine flächendeckende medizinische Versorgung in diesen Ländern gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang wäre es angeraten, die algerischen und marokkanischen Infrastrukturmaßnahmen in diesem Sektor zu unterstützen und bspw. den landesweiten Bau und die Aufrechterhaltung von Krankenhäusern zu unterstützen. Zudem könnte die EU den Zugang zu ihrem Markt öffnen und die nicht-tarifären Handelshemmnisse insbesondere im Bereich landwirtschaftlicher Exportgüter abbauen, damit die Produkte aus den nordafrikanischen Transformationsländern freien Zugang zum EU-Markt haben.

*Frage:* Innerhalb der EU gibt es sehr unterschiedliche Positionen im Hinblick auf den Umgang mit den südlichen Nachbarn. Wie könnte vor diesem Hintergrund eine gemeinsame Strategie der EU aussehen?

Möller: Bislang haben die Europäer in der Tat sehr unterschiedliche Interessen und Positionen gegenüber den südlichen Nachbarn vertreten. Die EU muss sich aber die Frage stellen, ob sie es sich langfristig leisten kann, keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen. Mittelfristig wird die EU auf die aktuellen Fragen reagieren und dort, wo der Druck am stärksten wird, eine gemeinsame Strategie entwickeln müssen. Sei es bei Fragen der Migration oder im Hinblick auf die wirtschaftliche Standortsicherung. Ich würde mir wünschen, dass die EU proaktiver handeln würde, aber wir wissen bereits aus anderen Bereichen, dass die EU nicht so funktioniert.

Schumacher: Wir haben es hier mit einem strukturellen Problem der EU zu tun, der „Logik der Diversität“. Natürlich verfolgen die Staaten zunächst einmal unterschiedliche außenpolitische und außenhandelspolitische Interessen. Ich stimme Frau Möller zu, dass die EU wahrscheinlich nur dort aktiv wird, wo der Druck am größten ist. Es wird leider wenig langfristig gedacht. Ich bin daher etwas skeptisch, was die Formulierung und Umsetzung einer wirklichen und vor allem zielführenden gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU betrifft. Auf der anderen Seite muss man auch bedenken, dass das Projekt einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erst 1992 mit dem Maastrichter-Vertrag begann und noch immer in den Kinderschuhen steckt.

*Frage: Mit welchen Akteuren soll die EU eigentlich im Zuge der Europäischen Nachbarschaftspolitik zusammen arbeiten?*

Möller: Die EU schaut bislang in der Regel noch mit ihrer europäischen Brille auf die südlichen Nachbarn und geht mit ihrem bewährten Instrumentenkasten an die Nachbarschaftspolitik heran. Daher kooperiert die EU bislang in erster Linie mit Partnern, die ihr ähnlich sind – wie z.B. der Arabischen Liga oder dem Golf-Kooperationsrat. Dieses Vorgehen funktioniert nach dem arabischen Frühling nun aber nur noch bedingt. Deswegen muss die EU nun erstmal ihren eigenen Horizont erweitern und mehr über die südlichen Nachbarn lernen. Das heißt, sich zum Beispiel intensiv mit den Moslebrüdern und den Salafisten zu befassen und zu analysieren, welche politischen Ziele diese verfolgen und wie sie sich finanzieren, etc. Sprachliche und kulturelle Barrieren müssen also überwunden werden.

Schumacher: Als Reaktion auf den arabischen Frühling hat die EU auch das Konzept der „European Neighbourhood Civil Society Facility“ entwickelt, das darauf abzielt, die lokalen NGOs in diesen Ländern – vor allem finanziell und know-how-technisch - zu unterstützen und so ihre Funktionsfähigkeit und Reichweite zu erweitern. Dieses Konzept ist allerdings aus meiner Sicht kritisch zu betrachten. So gibt es in Nordafrika aus meiner Perspektive gar keine Zivilgesellschaft im eigentlichen Sinne, sondern lediglich ein sehr disparates Feld vermeintlich zivilgesellschaftlicher Akteure im Sinne des englischsprachigen Verständnisses von „civic society“. Was wir im südlichen Mittelmeerraum vorfinden, ist eine Bürgergesellschaft, die in vielen Bereichen pre-modern organisiert und strukturiert ist, tradierten Werten folgt und sich vor allem an religiösen Institutionen orientiert. Darüber hinaus sind zahlreiche Institutionen, die sich davon abzugrenzen versuchen und den Schritt in die Moderne getan haben, kooptiert. Sie haben nur so lange freie Hand, wie sie sich nicht in die aktuelle Politik des jeweiligen Regimes einmischen. Vor diesem Hintergrund können die NROs sich kaum nachhaltig für die Demokratisierung einsetzen. In Marokko reden wir in diesem Kontext bspw. von rund 35.-40.000 „königlichen NROs“. International steht es außer Frage, dass die EU ihre Unterstützungsleistungen insbesondere mit den im Maghreb stark vertretenen Golfstaaten, aber auch mit China (das sich infrastrukturtechnisch stark engagiert) und den USA abstimmen sollte, um Synergieeffekte zu schaffen.

*Frage: Wenn es bislang noch keine gemeinsame EU-Außenpolitik gibt, stellt sich die Frage, wie sich Deutschland angesichts des arabischen Frühlings außenpolitisch positioniert?*

Möller: Die deutsche Außenpolitik agiert zurzeit ziemlich widersprüchlich. Im Fall Libyen haben sich die Deutschen bspw. bei der Abstimmung über die militärische Intervention der Stimme enthalten. Auf der anderen Seite liefert Deutschland zum Zeitpunkt, als bereits bekannt war, dass Proteste im Bahrain gewaltsam unterdrückt wurden, Panzer nach Saudi Arabien. Des Weiteren zeigt Deutschland wiederum großes Engagement in Bezug auf die Israel-Frage und die internationale Problematik mit dem Iran.

Schumacher: Bis Ende 2010 / Anfang 2011 befanden sich die Maghreb-Staaten aus der deutschen Perspektive an der Peripherie ihrer außenpolitischen Interessen. Das einzige gemeinsame Politikfeld war bis dahin der Energiesicherheitssektor sowie die Entwicklungshilfe. Der Bundesrepublik Deutschland bietet sich zum jetzigen Zeitpunkt die Möglichkeit, sich stärker in Nordafrika und auch in Teilen des Nahen Ostens stärker zu engagieren und zu positionieren. Es wird vor Ort von lokalen Akteuren eine klare Positionierung bundesdeutscher Außenpolitik in dieser Region erwartet. Leider fehlt es – aus meiner Sicht – der bundesdeutschen Außenpolitik – nicht erst seit dieser Legislaturperiode - an strategischer Weitsicht, diese Chancen zu erkennen und aufzugreifen.